

# Wohlstand auf Sparflamme?

**I**nzwischen gehören Meldungen wie diese zum Alltag: Allein in diesem und im letzten Monat erhöhen 33 Strom- und 199 Gasversorger ihre Preise. Seit 2002 sind die Kosten für Heizung und Strom in Privathaushalten um rund 55 Prozent gestiegen, für Benzin in gleicher Größenordnung, errechnete das Statistische Bundesamt. Das zeigt Wirkung. Die Umfrage eines Versicherungskonzerns

Ob an der Tankstelle oder bei der Stromrechnung: Die Deutschen machen sich Sorgen um steigende Energiepreise. Auch Industrie und Gewerbe sind betroffen. Sie alle müssen sich darauf einstellen: Die Zeiten billiger Energie sind vorbei. Umso mehr brauchen wir jetzt eine moderne Energiepolitik.

ergab: Drei Viertel der Deutschen fürchten sich vor Preisanstieg und Wohlstandsverlust.

Bankenkrise, die höchsten Inflationsraten seit Jahren und pessimistische Prognosen von Wirtschaftsexperten tragen nicht zur Verbesserung der Stimmung bei. Und zynische Ratschläge zu wärmeren Pullovern, wie vom Berliner Senator Thilo Sarrazin oder Gregor Gysis Panik-Szenario von erfrierenden

Hartz-IV-Empfängern helfen auch nicht weiter.

Das Wirtschaftswachstum stockt. Und die Energiepreise haben daran einen erheblichen Anteil. Das ist inzwischen unbestritten. Wie dem zu begegnen ist, darüber wird umso mehr gestritten. Von höheren Strompreisen für Whirlpool-Betreiber bis zur Enteignung der Stromkonzerne reicht die Pa-

Unternehmen nach den Regeln eines globalen Marktes aufstellen.

Es wäre viel gewonnen, wenn sich auf breiter Front die Erkenntnis durchsetzen würde, die heute Basis einer jeden Energiepolitik sein muss: Energie wird in Zukunft knapper werden und teuer bleiben.

Wer auf langfristig sinkende Energiepreise hofft, gibt sich Illusionen hin. Denn Schwellenländer wie China und Indien wachsen mit einer kaum vorstellbaren Dynamik, die Rohstoffe und Energie von den Weltmärkten saugt. Jeden Monat werden dort zwei neue Kraftwerke gebaut. Und weltweit sind noch über zwei Milliarden Menschen ohne jeden Zugang zu Elektrizität. Das lässt die Dimension der energie-, sozial- und umweltpolitischen Herausforderung ahnen. Denn die boomenden Schwellenländer produzieren nicht nur immer mehr Güter, ihre Energieeffizienz ist mehr als dreimal schlechter als in den Industrieländern. Das treibt die Energienachfrage und damit die Preise. Die hemmungslose Spekulation an den Rohstoffbörsen heizt diese Tendenz weiter an, nach der Bankenkrise stürzen sich die Zocker wieder verstärkt auf die Ölmärkte.

Vor dem Hintergrund dieser globalen Entwicklung erscheint die energiepolitische Diskussion in Deutschland eher kleinkariert. Jeder pickt sich das Rosinchen heraus, das am besten zu den eigenen lieb gewonnenen Glaubenssätzen passt. Da wird der Heiligenschein der erneuerbaren Energien poliert, die Kernenergie verteufelt, gegen die Kohle zu Felde gezogen. Wie das Industrieland

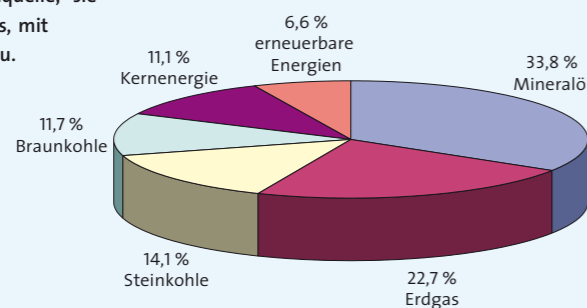
Deutschland seine Energieversorgung sichern und wettbewerbsfähig betreiben soll, auf diese Frage bleibt eine schlüssige Antwort aus.

Dabei liegt sie auf der Hand und wird seit Langem erfolgreich angewendet: Ein Mix aus allen Energieformen sichert am besten gegen Preisschwankungen und Versorgungsengpässe, macht unabhängiger von Importen und ermöglicht

## ENERGIEVERBRAUCH

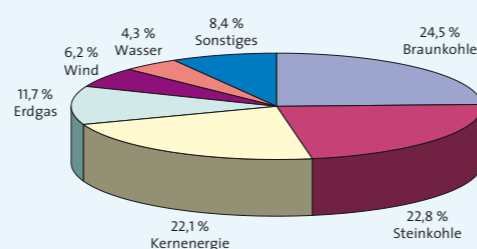
Der weltweite Energieverbrauch wird bis 2030 um mehr als die Hälfte steigen. Das erwartet die Internationale Energieagentur (IEA). Fossile Brennstoffe bleiben die wichtigste Energiequelle, sie stellen 84 % des Mehrverbrauchs, mit 73 % legt die Kohle am meisten zu. Von den 2007 in Deutschland verbrauchten 472 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) entfielen 33,8% auf Mineralöl, 22,7% auf Erdgas, 14,1% auf Steinkohle, 11,7%

auf Braunkohle, 11,1% auf Kernenergie und 6,6% auf erneuerbare Energien.



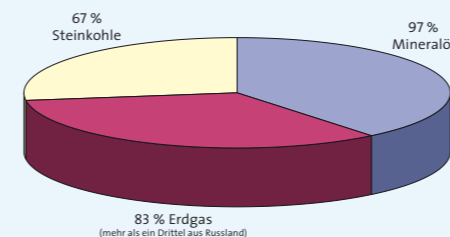
## STROMERZEUGUNG

2007 wurden in Deutschland 636,5 Terawattstunden Strom erzeugt. Davon entfielen auf Braunkohle 24,5%, Steinkohle 22,8%, Kernenergie 22,1%, Erdgas 11,7%, Wind 6,2%, Wasser 4,3%, sonstige 8,4%.



## ENERGIEIMPORTE

Deutschland ist zu 71,5% von Energieimporten abhängig. Bei den einzelnen Energieträgern ist diese Abhängigkeit unterschiedlich hoch. Sie beträgt bei Mineralöl 97%, Erdgas 83% (davon mehr als ein Drittel aus Russland) und Steinkohle 67%. Braunkohle und erneuerbare Energien werden nicht importiert.



## ENERGIEPREISE

Anfang August 2008 lagen die Grenzübergangspreise für importiertes Rohöl um 37% über dem Vorjahrespreis. Bei Erdgas betrug der Anstieg 46,4%. Der Preis für Importkohle zur Stromerzeugung stieg seit Jahresbeginn um rund 40%. Der Preisindex für Industriestrom ist innerhalb eines Jahres um 41% gestiegen.

## ERNEUERBARE ENERGIEN

Der Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland steigt – auch dank staatlicher Förderung – seit Jahren. 2007 betrug ihr Anteil am Stromverbrauch 14,2%. Windenergie stellte 6,4%, Bioenergie 3,9%, Wasserkraft 3,4% und Photovoltaik 0,6%. Alle diese Energien werden von den Stromverbrauchern mit Subventionen gefördert, die über dem durchschnittlichen Marktpreis für konventionellen Strom von 5 Cent pro Kilowattstunde (Ct/kWh) liegen. Laut EEG-Gesetz wird Strom aus Photovoltaik mit 32 bis 38 Ct/kWh gefördert, Geothermie mit 15 Ct/kWh, Biomasse mit 10 Ct/kWh, Windenergie mit 7 bis 9 Ct/kWh, Wasserkraft mit 8 Ct/kWh und Klär-, Gruben- und Deponiegas mit 7 Ct/kWh.

die Entwicklung und den breiten Einsatz umweltschonender Technologien.

Stattdessen tobt eine Preisdebatte, die oft die nötige Redlichkeit und Ehrlichkeit vermissen lässt. Stromerzeugern und Ölkonzernen mangelnden Wettbewerb und Preistreiberei vorzu-

werfen, obwohl die Kontrollbehörden inzwischen über scharfe Instrumente verfügen, soll offenbar von der eigenen Rolle als Preistreiber ablenken. 40 Prozent einer jeden Stromrechnung gehen auf politisch veranlasste und zu verantwortende Steuern und Abgaben zurück.

Neben Strom- und Heizkosten erregen vor allem die Benzinpreise die Gemüter. Populistische Politiker versuchen mit markigen Forderungen nach billigerem Sprit bei den Wählern zu punkten.

»Abzocke« ist die Lieblingsvokabel. Denn immerhin ist der Rohölpreis von fast 150 Dollar pro Barrel im Juli auf unter 100 Dollar im September gesunken, also um ein Drittel. Benzin dagegen ist nur um zehn Prozent billiger.

Von jedem Liter Kraftstoff kassiert Vater Staat weit über 60 Prozent. Auch die Pflege umweltpolitischer Wunschträume müssen die Normalverbraucher finanzieren. Mit bis zu 38 Eurocent pro Kilowattstunde Solarstrom. Und aktuell wird über eine Verschärfung des Emissionshandels beraten, die massive Preisschübe für Industrie und Verbraucher auslösen würde (siehe »Emissionshandel treibt Preise und bedroht Arbeitsplätze« auf Seite 12).

Natürlich muss die Erforschung und Entwicklung neuer Energie- und Umwelttechnik gefördert werden. Da könnte die Politik noch viel mehr tun. Aber auch hier gilt bei knapper werdenden Finanzen das Gebot der Effizienz. Wir müssen uns auf Techniken konzentrieren, die mit möglichst geringem Aufwand möglichst viel Ertrag erzielen. Etwas mehr Pragmatismus und weniger Ideologie sind hier angebracht.

Das hat die Fehlentwicklung beim Biosprit gezeigt. Mit großem Subventionsaufwand gefördert und lautstark gefeiert entpuppte sich das Benzin aus nachwachsenden Rohstoffen als Bedrohung für Regenwälder und Preistreiber für Lebensmittel in Drittweltländern.

Umweltpolitische Gewissenspflege zu lasten hungernder Menschen.

Daraus gilt es Lehren zu ziehen. Die Vermeidung einer Tonne CO<sub>2</sub> in der Stromerzeugung wird im Jahr 2020 nach Berechnungen der Beraterfirma McKinsey in Braunkohlenkraftwerken mit CCS-Technik (Abscheidung und Lagerung von CO<sub>2</sub>) 31 Euro kosten, bei Steinkohle 52 Euro.

In Offshore-Windanlagen liegen die Kosten mit 104 Euro rund doppelt so hoch, bei Photovoltaik mit 213 Euro sogar viermal so hoch. Es ist nicht nur schwer verständlich, sondern im Inte-

resse erschwinglicher Strompreise unverantwortlich, angesichts dieser Zahlen die Erforschung und Entwicklung von Kraftwerken mit CCS-Technik abzuleh-

nen. Die ehemaligen Umweltminister Volker Hauff (SPD) und Klaus Töpfer (CDU) fordern deshalb: »Wir müssen den Kohlestrom jetzt zum Teil der Lösung für die Klimapolitik machen.«

Die drei großen Stromversorger E.on, RWE und Vattenfall arbeiten mit Milliardenaufwand an konkreten Projekten, die erste Versuchsanlage hat im September in der Lausitz den Betrieb aufgenommen. Das könnte ein Quantensprung für die Kohleverstromung werden. Doch auch bei CCS haben die allgegenwärtigen Bedenkenträger das Projekt bereits reflexartig abgelehnt, bevor überhaupt erst feststeht, zu welchen Ergebnissen die Erforschung der Technik gelangt.

Hier, wie auch bei anderen industriellen Großprojekten ist die Politik gefordert. Sie muss den erforderlichen Rechtsrahmen schaffen und mithelfen, Zustimmung in der Bevölkerung zu erreichen. Sonst werden Investitionen in die deutsche Stromerzeugung zum Glücksspiel und die Unternehmen weichen an andere Standorte aus.

Das gilt auch für den Bau neuer Kohlekraftwerke. Es ist paradox, hohe Strompreise zu beklagen und die Energiege-

winnung aus heimischer Kohle abzulehnen, sei es Braun- oder Steinkohle. Die Braunkohle ist wettbewerbsfähig und zählt zu den preisgünstigsten Energieträgern. Und die Chancen der deutschen Steinkohle wachsen mit steigenden Weltmarktpreisen.

Die IG BCE hat gut daran getan, dem Kohleausstieg 2018 nur unter der Bedingung zuzustimmen, dass diese Entscheidung 2012 überprüft und revidiert werden kann. Inzwischen gewinnt die Fortsetzung des deutschen Steinkohlenbergbaus zunehmend an Unterstützung.

Das hat seinen Grund unter anderem darin, dass nicht nur bei der Kohle die mit über 70 Prozent hohe Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten Sorgen macht. Sinkende Ölförderung bei wachsendem Anteil des OPEC-Kartells, steigende Gasimporte aus einem immer autoritärer auftretenden Russland, das sind keine guten Vorzeichen für sichere Energieversorgung zu erträglichen Preisen.

Vor diesem Hintergrund fasst der IG-BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt die Anforderungen seiner Gewerkschaft an eine moderne Energiepolitik so zusammen: »Wir müssen alle Energien nutzen, die uns zur Verfügung stehen und wir müssen uns möglichst unabhängig von unkalkulierbaren Entwicklungen auf den Weltmärkten machen.« Er spricht sich deshalb für eine Verstär-

kung der Energieforschung zur Verbesserung von Effizienz, Klimaschutz und Sicherheit aus. Zugleich macht sich die IG BCE für die Förderung von Wärmedämmung und energiesparenden Techniken und Geräten stark.

Die Entwicklung an den Weltenergiemärkten ist jedoch nicht nur eine Bedrohung, sondern auch die Chance zur Weiterentwicklung. Deutschland ist heute schon führend bei umweltschonender und effizienter Stromerzeugung aus fossiler und regenerativer Energie, bei Bergbautechnologie, beim energie-

sparenden Maschinenbau, bei Wärmedämmung und energieeffizienter Produktion. Darauf aufbauend, bietet das große Chancen für den Export dieser Technologien und die damit verbundenen Arbeitsplätze hierzulande. Besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern ließen sich so große Fortschritte auch beim Klimaschutz erzielen. Zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, das wäre eine kluge Politik.

Und bei aller Sorge um steigende Energiepreise bei uns, viel erschreckender sind jüngst veröffentlichte Zahlen der Vereinten Nationen: Teurere Energie hat den Hunger wieder wachsen lassen. Die Zahl unterernährter Menschen stieg um 75 Millionen auf 923 Millionen.

Christoph Meer

## Emissionshandel treibt Preise und bedroht Arbeitsplätze

**Die Pläne der Europäischen Kommission und der Bundesregierung zum Emissionshandel werden für einen weiteren Preisanstieg bei Strom und Waren sorgen. Zugleich droht eine Verlagerung von Produktion und damit Arbeitsplätzen in Länder außerhalb der EU.**

Nachdem die Kraftwerksbetreiber bisher die Emissionszertifikate größtenteils kostenlos bekamen, sollen ab 2013 alle Zertifikate für die Stromerzeugung versteigert werden. Darin sind sich EU und Bundesregierung einig. Das wird die deutschen Stromkunden nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) mehr als 12 Milliarden Euro kosten. Ein durchschnittlicher Drei-Personen-Haushalt müsste im Jahr 90 Euro mehr für Strom aufbringen.

Vor allem Braun- und Steinkohlekraftwerke werden so aus dem Energiemix gedrängt. Mehrere Neubauprojekte wurden bereits gestoppt. Folge: Kurzfristig bleiben alte, ineffiziente und weniger umweltschonende Kraftwerke am Netz, mittelfristig fehlen die nicht gebauten Kohlekraftwerke. Der Strom wird knapper und damit noch teurer.

Stephan Kohler, Geschäftsführer der halbstaatlichen Deutschen Energieagentur, warnt denn auch vor einer sich bereits abzeichnenden Stromlücke: »Deutschland bekommt ein großes Strompreisproblem, wenn alte fossile Kraftwerke nicht durch neue ersetzt werden.«

Auch die Industrie soll nach EU-Plänen CO<sub>2</sub>-Zertifikate ersteigern müssen, mit steigender Tendenz von zunächst 20 Prozent in 2013 bis zu 100 Prozent in 2020. Das betrifft Branchen quer durch den Organisationsbereich der IG BCE.

Die chemische Industrie in Deutschland müsste am Ende jährlich zusätzlich eine Milliarde Euro aufbringen. Die Zementindustrie würde mit 45 Prozent ihres Jahresumsatzes belastet. Die Papierindustrie – ohnehin durch Stilllegungen gebeutelt – müsste mehr als das Dreifache ihres Jahresgewinns für Emissionszertifikate bezahlen. Der Ziegelindustrie würden bis zu 20 Prozent ihres Warenwertes aufgebürdet. Bei der Glasindustrie kämen neben 211 Millionen Euro Kosten für Zertifikate schätzungsweise 104 Millionen indirekte Kosten für teureren Strom hinzu. Auch Kali- und Steinsalzproduktion, Soda-Erzeuger, Aluminium- und Metallhütten wären betroffen.

Insgesamt erwartet der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) eine Belastung von jährlich sechs bis sieben Milliarden Euro. Die Unternehmensberater von McKinsey warnen bereits, dass 86 Prozent der deutschen Produktion durch Importe ersetzt werden, sollten diese Pläne der EU Wirklichkeit werden. Die Bundesregierung will sie in dieser Form nicht mittragen.

Die IG BCE warnt vor einem Prozess der Deindustrialisierung, der Arbeitsplätze vernichten würde und die Produktion in weniger umweltbewusste Länder vertreiben würde. Deshalb fordert sie eine kostenfreie Zuteilung der Emissionszertifikate mit anspruchsvollen Benchmarks. Das bedeutet: Für Anlagen der energieintensiven Industrie auf dem neuesten Stand der Technik müssen keine Zertifikate ersteigert werden. Das muss auch für neue Kraftwerke gelten. Zusätzlich müssen bei stromintensiven Unternehmen die wegen des Emissionshandels gestiegenen Kosten ausgeglichen werden.

»Wir wollen anspruchsvollen Klimaschutz. Das dafür nötige Geld kann jedoch nur eine leistungsfähige Industrie aufbringen«, sagt der IG-BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt. »Deshalb müssen wir den Emissionshandel so gestalten, dass unsere Industrie ihn bewältigen und im globalen Wettbewerb bestehen kann.« CM